Anlage 32 zur GRDrs. 823/2022

**Stellenschaffung**

**zum Stellenplan 2024**

| Org.-Einheit,  Kostenstelle | Amt | BesGr.  oder  EG | Funktions- bezeichnung | Anzahl der Stellen | Stellen- vermerk | durchschnittl. jährl. kosten- wirksamer  Aufwand  in Euro |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| 50-201  5020 5010 | Sozialamt | A 11 | Sachbearbeiter/-in | 1,00 |  | 104.400 |

# 1 Antrag, Stellenausstattung

Der Schaffung der o. g. Stelle für die Sachbearbeitung der Abteilung Sozialleistungen, Fachbereich Recht und Qualitätssicherung wird zugestimmt.

# 2 Schaffungskriterien

Das Kriterium der Arbeitsvermehrung ist im Umfang von 1,0 Stelle nachgewiesen.

# 3 Bedarf

## 3.1 Anlass

Die Steigerung der Fallzahlen in der Sozialhilfe in der Sozialhilfesachbearbeitung in den letzten Jahren führten zu einer erheblichen Arbeitsmehrung bei 50-201. Dies bedingt einen erhöhten Informations- und Schulungsbedarf in sozialhilferechtlichen Grundlagen und eine erhöhte quantitative als auch qualitative Fachberatung der Mitarbeitenden durch 50-201. Ergänzend dazu ist die Erwartungshaltung der Bürger/-innen an die Leistungsabteilung gestiegen. Dies ist exemplarisch alleine an der gestiegenen Anzahl an Gelben Karten zu erkennen.

Zu beobachten ist auch, dass der Schwierigkeitsgrad bei Anfragen, Widersprüchen und Klagen in allen Bereichen gestiegen ist. Dies begründet sich u. a. darin, dass Anwälte zu einem frühen bzw. früheren Zeitpunkt im Verfahren hinzugezogen werden.

Des weiteren führen die mit der Digitalisierung neu hinzugekommenen Aufgaben (z. B. besonderes elektronisches Behördenpostfach, digitale Anträge, E-Akte) zu einem Aufgabenzuwachs bei 50-201.

Auch die aus den Prüffeststellungen des Amtes für Revision „OPEN/PROSOZ“ resultierenden Handlungsempfehlungen mit der Einführung eines fachlich Verantwortlichen für IT-Anwendung (FVfA) für die Abteilung 50-2, dessen Aufgabe 50-201 wahrnimmt, und der Umsetzung der Prüfungshinweise (z. B. Schutzfeststellung und Risikoanalyse zur Informationssicherheit, Erweiterung und Aktualisierung des datenschutzseitigen Verarbeitungsverzeichnisses) unter Beteiligung des FVfA, führen zu einer Arbeitsmehrung bei 50-201. Die Umsetzung der vorgegebenen Maßnahmen sind innerhalb der aktuellen Aufbau- und Ablauforganisation nicht vorgesehen. Die Fachabteilung hält bisher keine derartig ausgestaltete EDV- und datenschutzspezifische Kompetenzen vor

Die Umsetzung der gesetzlichen Vorhaben (z. B. die Erhöhung der Regelbedarfe mit dem Bürgergeld-Gesetz, des Wohngeld-Plus-Gesetzes) sowie die stark steigenden Energiekosten lassen eine Schaffung von weiteren Planstellen für die Sozialhilfesachbearbeitung beim Sozialamt erwarten. Dies wird zu einer weiteren Arbeitsmehrung bei 50-201 führen.

## 3.2 Bisherige Aufgabenwahrnehmung

Die Aufgabenwahrnehmung erfolgt bisher im Rahmen einer Mangelverteilung.

## 3.3 Auswirkungen bei Ablehnung der Stellenschaffungen

Die Ablehnung der Stellenschaffung verhindert die notwendigen flexiblen Handlungsmöglichkeiten zur Bewältigung von Krisen und die Erfüllung von digitalisierungs- sowie EDV-spezifischen Aufgaben. Auch die Umsetzung der Vorgaben zu Qualitätsstandards aus der Revision müssen ohne die Schaffung entsprechender Ressourcen unterbleiben. Die Umsetzung der Gesetzesänderungen kann nur verzögert und mit verminderter Qualität erfolgen. Dies hätte rechtliche und auch finanzielle Auswirkungen.

# 4 Stellenvermerke

-